

Briesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Großherausdruck: Tageblatt wieje,
Gemeins. Nr. 20.

Das Briesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Niesa, des Amtsgerichts Niesa und des Hauptamtsgerichts Niesa.

Vorstandsort: Dresden 153.
Girokasse Niesa Nr. 82.

Nr. 103.

Sonnabend, 3. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Briesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 11 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauflösung, für Monat L.-M. 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteuererungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Gründungs-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischi, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. **Aufschlag- und Erfüllungsort:** Niesa. **Zeitungsgesellschaften:** Briesauer Zeitungsbüro des Vertriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungseinrichtungen — hat den Besitzer keinen Anspruch auf Pfeilung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag:** Banger & Winterlich, Niesa. **Geschäftsstelle:** Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion:** Heinrich Uhlemann, Niesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Niesa.

An die Gewehre.

Zur Reichstagswahl am 4. Mai.

BR. Wie ein elektrischer Schlag durchzuckte den Soldaten immer das Kommando: „An die Gewehre!“ Aus der entzündenden Rast rief es ihn zu neuem Vormarsch, zu neuem Kampf. So soll am 4. Mai allen wählenden Deutschen der Gewehr in die Ohren liegen:

An die Uene!

Dieser Sonntag ist kein Rasttag. Die meisten Bürger haben viel zu lange auf der Bärenhaut gelegen oder auf der Bierbank der Spätzle gesessen. Nun heißt es: wenigstens die eine kleine Pflicht erfüllen und selbst wählen, sowie den trauen Freund, die lustlose Frau zur Uene drängen. Es gibt ja immer noch so viele, die fragen, warum sie eigentlich wählen sollen, es helfe ja doch nichts, und wen sie denn wählen sollen, da selbst unter den nationalen Parteien keine an der anderen ein gutes Haar lässe.

Haben die unrecht, die mit solcher Bitterkeit die Spaltung des deutschen Parteiwesens und im besonderen den Hader innerhalb der Rechtsbewegung beklagen? Zum Teufel, nein; sie haben tausendmal recht. Des Deutschums ganzer Jammer packt uns an. Trotzdem aber sind jene auf ganz falscher Fährte, die deshalb nur der Wahl überhaupt fern bleiben wollen. Man muß weiter sich selber noch (Verzeihung!) die Parteien so durchsucht wichtig nehmen. Darauf kommt es nämlich gar nicht an, daß jeder Einzelne eine Partei findet, mit deren Programm er völlig übereinstimmt und deren Taten er restlos billigt. Sonst müßte es ja nicht nur ein paar Dutzend Parteien in Deutschland geben, sondern mindestens ein paar Hundert. Darauf vielmehr kommt es an! Auf die Gefährdung, in der die Stimme wirken soll! Wer darf sorgen will, daß die Sozialdemokratie in die ihr gebührende Stellung zurückgedrängt und daß mit dem Revolutionzauber außer Acht gelassen wird, der darf natürlich nicht „links“ wählen. Wer den Trocken und den Schneidereien des Auslandes zum Trost nun der Welt zeigen will, daß in Deutschland der nationale Willen wieder stark ist und Bevölkerung fordert, der kann keinen Passiven wählen. Aber unter den nationalen bürgerlichen Parteien mag er sich ruhig die aussuchen, deren Kandidaten ihm am besten gefallen. Nach der Wahl kommt ja doch alles ganz anders, als jetzt gedacht und geschrieben wird. Dann führt die Todessünde von heute wieder friedlich an einem Tisch. Selbst von den Deutschböhmischen kann man sich nicht vorstellen, daß sie dauernd ihre Abstimmungspolitik aufrechterhalten werden. Einen Einfluß hierauf kann der einzelne Wähler nicht ausüben. Durch seine Stimmabgabe bestimmt er aber durch seinen Teil die Gefährdung mit. Und das ist die Pflicht des für das Staatsswohl mitverantwortlichen Bürgers gerade vom Standpunkt der Außenpolitik aus.

Nicht über eine Spezialfrage, wie die Behandlung des Sachverständigen-Sutachten soll man abstimmen. Das ist eine viel zu verwirrende, viel zu nuancenreiche Angelegenheit, als daß man mit einem alten „Ja“ oder „Nein“ die Entscheidung treffen könnte. Aber die dahinter stehende Grundfrage: ob wir um des „Eindrucks in der Welt“ willen nicht wagen dürfen, uns zu einer national-deutschen Politik zu befreien. Die kann und soll beantwortet werden! Wir alle wissen, daß wir keine Waffen haben und in absehbarer Zeit keinen Krieg führen können. Darum tritt kein vernünftiger Deutscher für eine säbelklopfende Politik ein. Aber es wird im Auslande, das mit gespannter Aufmerksamkeit auf den 4. Mai wartet, bereits einen tiefen Eindruck machen, wenn aus dem Wahlergebnis zu erkennen ist, daß die Mehrheit der Deutschen nicht mehr gewillt ist, jedes Diktat hinzunehmen und jede Demütigung ergeben zu tragen.

Diesen Eindruck zu verstärken, ist größte Wahlbesteiligung nötig.

Und in diesem Sinne hingt bei der Parole „An die Uene!“ auch ein Ton mit von dem ehrfürchtigen Kommando: „An die Gewehre!“

Der Reichslanzer über die schwierige Reichstagswahlen.

BR. Berlin. In einem der Germanien gewohnten Interieren weist Reichslanzer Dr. Marx noch einmal auf die schwierige Bedeutung der Reichstagswahlen hin. Der Wahlkampf habe wider Erwarten das Volk nicht in dem Maße angewirkt, wie zu befürchten war. Und zwar deswegen, weil das deutsche Volk in seiner übergrößen Mehrheit die Dinge, um die es wirklich geht, sich nicht zum Kampfprojekt habe machen lassen. Tatsächlich sei sich das ganze Volk im Januar klar, daß wir nach wie vor unsere gesamte Kraft dafür einzehlen müssen, das Werk der Gründung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen zu führen und das alles abgewehrt werden müsse, was die Erhaltung unserer Währung und das Wiederaufleben unserer Wirtschaft beeinträchtigt. In dem ganzen Wahlkampfe, der übrigens kaum je in Deutschland innerlich so unruhig und so klein gewesen sei, habe er auch nicht einmal feststellen können, daß dem deutschen Volke ein anderer Weg zur Rettung und in die Freiheit gewiesen worden wäre, als der Weg, den die Reichsregierung vorsichtshalber gegangen sei, und den nach seiner tiefen Überzeugung das Volk weiter geben müsse, wenn es nicht das Rechte auf Spiel legen wolle.

Vielleicht sei es so, daß unsere innere Politik unter dem Druck der äußeren steht und daß von einer Meutung der Außenpolitik in weitestem Ausmaße die Innopolitik bestimmt werde. In einer bestiegenden Wölbung der innerpolitischen Schwierigkeiten werde Deutschland erst kommen, wenn in der Außenpolitik, in der Reparationsfrage, feste und klare Verhältnisse geschaffen sind.

Der Reichslanzer erinnerte zum Schlusse das deutsche Volk noch einmal an die hohe Pflicht, am Wahltag alle kleinen Sonderinteressen zurückzustellen und nur nach den großen Gesichtspunkten die Stimme abzugeben. Nur der wähle deutsch, der bei der Stimmabgabe sich bewußt ist, daß es um die Machtung des Vaterlandes und den Wiederaufstieg unseres Volkes geht. Wenn die Mittelparteien weniger nicht 100, so doch 90 Prozent der vernünftigen Deutschen an die Uene bringen, so besteht die sicherste Gewähr, daß Deutschland nicht neuen schweren Erschütterungen ausgesetzt sein wird und daß das Werk der Machtung und des Wiederaufstiegs in Ordnung und Ruhe fortgesetzt werden kann.

Die Liste der „Nationalen Minderheiten Deutschlands“.

Die bevorstehenden Wahlen haben den etwas hundertjährig zusammengelebten Reichswahlvorwurf Nr. 10 gebracht, auf welchem die Vertreter der Nationalen Minderheiten sich zusammengeschlossen haben. An der Spitze steht der Generalsekretär des Bundes der Polen in Deutschland Dr. Kaczmarek, an zweiter Stelle der ebenfalls polnische Graf von Sierakowski. Es folgt der Däne Christensen, ein Redakteur aus Flensburg und der Wende Barth, der vor dem Kriege der konservativen Partei angehört und seit dem Zusammenbruch die „Unterdrückung“ seines Volkes entdeckt hat. Weiterhin folgen wieder ein Däne, ein Pole und so fort. Der Zusammenschluß der Nationalen Minderheiten, der vor kurzem in Berlin erfolgt ist, hat den Zweck, mit Hilfe des Reichstags, falls irgendwo ein Kreiswahlvorwurf 60 000 Stimmen erlangt, noch einen zweiten Kandidaten durchzubringen. Aussichten in dieser Sicht glauben die Polen in Oberschlesien zu haben, ebenso die Dänen in der Flensburger Gegend. Es besteht also die Gefahr, daß der kommende Reichstag trotz der Verstärkung und Verkleinerung Deutschlands in seinem reich buntfarbigenilde auch einen oder zwei volkische Vertreter die dann die Linke verstärken würden, aufweist.

Deutsch-französischer Handelsvertrag?

Von bester Seite ist der „Berliner Presse-Dienst“ in der Lage, die folgende, nach jeder Richtung hin verbürgte Information zu geben.

Die Nachricht, daß der französische Handelsminister Loubet an dem *Plan eines deutsch-französischen Handelsvertrages* arbeitet, wird in unterrichteten Kreisen für nicht unwahrscheinlich gehalten. Wenn auch von der Entsendung einer Studien-Kommission nach Berlin in bischöflichen Regierungskreisen amlich noch nichts bekannt ist, alaßt man in unterrichteten Kreisen, daß Loubet sich für den kommenden Mann der französischen Regierung nach den Wahlen beschreibt und daß er damit rechnet, alsdann sein Wirtschaftsprojekt in breitem Rahmen anzuführen zu können. Allerdings hängt die Ausführung dieser Pläne, die nach zuverlässigen Informationen noch viel weiter reichen und sich auch auf ein Abkommen zwischen den beiden Industrien erstrecken, vom Ablauf der französischen Wahlen ab. Falls Poincaré bestimmender Leiter der französischen Politik bleibt, sei an eine Verwirklichung dieser Entwürfe, die man in deutschen Kreisen natürlich begrüßen würde, vorerst nicht zu denken. Es wird in Regierungskreisen betont, daß aber die Reichsregierung auf jeden Fall den Ablauf der Weit-Begünstigungsklausel für Frankreich am Ende dieses Jahres dazu benutzen wolle, um einen geregelten Zustand in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen wiederherzustellen.

Vor einer Regierungskrise in Preußen.

Die Krise im preußischen Landtag tritt immer deutlicher auf und spitzt sich, vorläufig freilich noch hinter den Kulissen des Parlaments, immer deutlicher zu. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Berliner Presse-Dienstes“ erhält über die Auflösung in parlamentarischen Kreisen folgende objektive Doktelung: Der preußische Landtag wird nach seinem Wiederzulammtreffe über mehrere Wahlraumansprüche der Opposition gegen den Minister des Inneren Seering zu entscheiden haben. Wie wir hören, ist die Annahme dieser Anträge gesichert. Die Kommunisten, die ihrerseits einen Wahlraumanspruch gegen Seering eingebracht haben, wollen ohne Rücksicht auf die Begründung auch für jeden bürgerlichen Antrag gegen Seering stimmen. Für Seering dürften nur die Sozialdemokraten und ein Teil der Demokratischen Partei stimmen. Im Falle einer Annahme des Wahlraumanspruches ist das preußische Staatsministerium entschlossen, seine Gesamtdemission zu geben.

Ausbreitung des oberösterreichischen Landarbeiterstreiks.

Königsberg. Die Lage im Landarbeiterkreis hat sich verschärft. Die Technische Not hilfe wurde gestern auch in den Kreisen Breslau-Ostau, Lubian, Sensburg, Allenstein eingeleitet, da die Landarbeiter auf einer Reihe von Gütern nicht verzichtet wurden.

Die Regierungskrise in Mecklenburg.

Nur vor den Reichstagswahlen kommt gerade noch aus Schwerin die Nachricht, daß eine Kabinettsskrise in Mecklenburg droht, weil die Deutsch-völkische Freiheitspartei, die dort bekanntlich die Regierung beherrschte, ohne an ihr teilzunehmen, den Rücktritt des deutschnationalen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Brandenstein fordert. Dieser soll es nicht versuchen werden, doch er in der Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten den Standpunkt vor Reichsregierung gegenüber dem Sachverständigen-Kontakt gebilligt hat. Was aber wird geschehen, wenn man deswegen das Kabinett stürzt? Voraussichtlich würde dann die Reichsregierung durch eine Linkspolitische abgelöst werden. Es kündigt sich hier an, was auch im Reich bei einem großen Erfolg der Völkischen eintreten würde. Praktisch wird durch eine starke Rechtsopposition, die jede Teilnahme an der Regierung ablehnt, zunächst nicht die Rechte, sondern die Linke geflüchtet. Die taktische Absicht dabei ist offenbar, den Münzen so lange hängen zu lassen, bis die Volksmeute sich zur Opposition bekämpft. Aber sind die deutschen Wähler solcher Taktik zugänglich? Die Verteilung der Rechtsstimmen auf die verschiedenen Parteien wird darüber interessante Aufschlüsse geben.

Eine englische Stimme über die deutschen Wahlen.

London. Daily Telegraph schreibt in einem Zeitartikel über die deutschen Wahlen, daß Ergebnis dieser Wahlen werde bestimmen, ob die deutsche Politik von der Kombination der Parteien weitergeführt werden sollte, die gegenwärtig die Regierung bilden. Von dem Schrift der Regierung hängt das Schicksal des Sachverständigen-Kontaktes für eine Neustrukturierung ab. Das Kabinett Marx habe vorläufig diesem Plan den Charakter einer nationalen Abstimmung über die Frage gegeben, ob Deutschland in Sicht auf den Wahlergebnis eine sofortige und ehrliche Aktion unternehmen sollte. Die deutsche Regierung habe wahrscheinlich nun in ihrem Interesse ebenso wie in dem Deutschenland gehandelt, als sie für dafür entschied, den Bericht grundsätzlich ohne Zweideutigkeiten anzunehmen und auf diese Weise eine Lösung zu geben, die den Bericht zur Streitfrage der Wahlen gemacht habe. Es seien starke Anzeichen dafür vorhanden, daß die deutsche Regierung ihre Stellung dadurch verbessert habe. Daily Telegraph betont, was von dem Ergebnis der am Sonntag stattfindenden Wahlen abhänge, und gibt der ernsten Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Wählerschaft sich von den „Ausbreitungen“ politischen Wahlfalls fernhalten werde. Das Zentrum bilden mit den übrigen Regierungsparteien einen Block, der viele Sitze verlieren könne, ohne seine Mehrheit einzubüßen, und der zweifellos die Kräfte der Vernunft, der Würde und des Glaubens an die Tugend der harten Arbeit, die Vereinfachung, den Sinn der militärischen Niederlage gegenüberzutreten und die Achtung für Gesetz und Ordnung im deutschen Volk vertritt. Wenn es ihm nicht gelingen sollte, seine Kontrolle über die parlamentarische Lage bei diesen Wahlen wieder herzustellen, so werde dies eine internationale Katastrophe sein. Dies würde auch von dem vernünftigsten Teil der deutschen Wählerschaft wohlverstanden und auf dieses Verständnis sei die Hoffnung auf europäische Regelung zum sehr großen Teil begründet.

26 000 ausgewiesene Eisenbahner.

Unter den 140 000 aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen Deutschen befinden sich allein 26 000 Beamte und Arbeiter der Deutschen Reichsbahn. Rechnet man dazu 63 000 Familienangehörige, so hat die Ausweisung 89 000 Personen betroffen, die vom Eisenbahnoberamt abhängen. Davon sind bisher in das besetzte Gebiet nur 4 400 Eisenbahnbeamte und Eisenbahnarbeiter zurückgekehrt. Viele Familienangehörige mit diesen zugleich abhängen sind, lädt sich nicht angeben, weil die geräumten Wohnungen inzwischen von anderen Leuten besetzt worden sind und viele Beamte deshalb bei ihrer Rückkehr ihre Angehörigen im unbefestigten Gebiet haben zurücklassen müssen. Nach einer amtlichen Schätzung wird nur die erstaunend geringe Zahl von 8 000 Angehörigen der Eisenbahner zurückgekehrt sein.



Die Schicksalsstunde
des bewaffneten Volkes

LOSE 1. Klasse, 185. Lotterie Ferdinand Schlegel, Eduard Selberlich, Sächs. Staats-Lotterie-Einnahmen.
Ziehung 7. Mai 1924 bei